

Position vom 3. Dezember 2015

Krieg gegen den Terrorismus? Die militärische Logik ist keine Option

Seit den brutalen Terroranschlägen in Paris im November 2015 ist die Debatte darüber, wie dem internationalen Terrorismus begegnet werden kann, neu entflammt. Frankreich hat seine Verbündeten in der EU um Beistand im Krieg gegen den sogenannten „Islamischen Staat“ (IS) gebeten und die Bundesregierung hat nunmehr beschlossen, sich daran mit militärischen Mitteln zu beteiligen.

Aus der Sicht von Brot für die Welt steht die verengte sicherheitslogische Perspektive, unter der die Debatte über den Umgang mit der terroristischen Gewalt derzeit ausgetragen wird, in der Gefahr, in eine Sackgasse zu führen - statt der zunehmenden Ausbreitung terroristischer Gruppen, speziell des IS, wirksam zu begegnen. Dass deren Ausbreitung und der von ihnen ausgehenden brutalen Gewalt zu wehren ist, steht außer Frage. Aber dazu sind noch immer nicht die dringend erforderlichen langfristigen politischen Strategien in Sicht. Es ist auch nicht erkennbar, dass Folgerungen aus der Tatsache gezogen wurden, dass nach fast 15 Jahren „Krieg gegen den Terrorismus“ kein Mehr an Sicherheit und Frieden und keine Beendigung der terroristischen Gefahr erzielt werden konnten, sondern sich im Gegenteil immer mehr regional oder national agierende bewaffnete Gruppen radikalisiert, zusammengeschlossen und internationalisiert haben.

Die Bekämpfung terroristischer Gruppen einen „Krieg“ zu nennen, spielt den Terroristen in die Hände, insofern dadurch terroristische Attentäter zur Kriegspartei aufgewertet wurden. Der Anspruch auf ein eigenes Staatsgebilde liegt ebenso in der Konsequenz dieser Logik, wie der Erfolg bei der Rekrutierung junger Kämpfer für einen ‚Krieg gegen den Westen‘.

Militärische Maßnahmen gegen terroristische Gruppen haben bislang weder zu deren Auflösung noch zu ihrer nachhaltigen Schwächung beigetragen. Sie haben sie aus den Interventionsräumen in andere Räume

verdrängt und haben damit auch deren Ausbreitung und die Destabilisierung immer weiterer Regionen zur Folge. In der Vergangenheit hat sich immer wieder erwiesen, dass Guerillakämpfer in nationalen Auseinandersetzungen mit Regierungen (z.B. in Lateinamerika) nur äußerst schwer oder gar nicht dauerhaft militärisch zu besiegen waren. Noch mehr gilt das für einen internationalen Kampf gegen Terroristen in Zeiten und Regionen, in denen nationale Regierungen und damit auch Staatsgrenzen und Sicherheitsmaßnahmen kaum noch eine Rolle spielen nach Jahrzehnten der ökonomischen Ausblutung, der ökologischen Degradierung und dem Zerfall gesellschaftlichen Zusammenhaltes. Hier dominieren Kriegsökonomien und Gewaltakteure mit häufig rein ökonomischen Interessen, die ihr Handeln ideologisch rechtfertigen. Immer mehr Regierungen können ihrer Bevölkerung mangels der notwendigen Mittel keine Form von Sicherheit mehr bieten – weder ökonomische, noch soziale, noch polizeiliche oder militärische – und gleiten darum in die politische Bedeutungslosigkeit. In diesen Regionen stoßen einsickernde Terroristen auf wenig Widerstand, aber ein hohes Rekrutierungspotential. Intervenierende Armeen der ‚Koalition der Willigen‘ dagegen haben hier keine als legitim anerkannte politische Autorität als Gegenüber, die von außen stabilisiert und in eine politische Lösung einbezogen werden könnte. Auch ermangelt es jeder funktionsfähigen sozialen oder humanitären Infrastruktur.

Opfer militärischer Maßnahmen sind in erster Linie Zivilisten und die ohnehin schwache zivile Infrastruktur. Diese Tatsache sichert nicht nur terroristischen Gruppen einen stetigen Zulauf an zornigen Menschen aus der Mitte jedes neu in den Kampf einbezogenen Gebietes, sondern schwächt den zivilisatorischen Anspruch der Interventionsmächte – zumal wenn sie Rechtsnormen und internationale Konventionen missachten (gezieltes Töten, Folter, usw.).

Die mit militärischen Maßnahmen einhergehende Zerstörung noch vorhandener Infrastruktur für das zivile Leben und die fehlende humanitäre Versorgung in den betroffenen Regionen zementiert dort das Elend krassester Armut und entfernt sie dauerhaft noch weiter von den Zielen der internationalen Entwicklungsagenda: Gerade die fragilen und konfliktgebeutelten Staaten haben keines der Millenniumziele erreicht und werden es unter den Bedingungen sich ausbreitender militärischer Auseinandersetzungen zwischen dem IS und einer Koalition der Willigen in absehbarer Zeit erst recht nicht mehr erreichen. Sie bleiben also oder werden immer mehr zum Nährboden für gewaltbereite Radikalisierung und Brutstätte für Terrorismus.

Friedenslogische statt sicherheitslogische Strategie

Aus einer friedenslogischen Perspektive muss die Frage nach den Ursachen und den eigenen Beiträgen zur Entstehung und Aufrechterhaltung von Terrorismus – oder umgekehrt zur Austrocknung seines Bodens – in den Blick rücken. Gegenstrategien sind deshalb aus unserer Sicht nicht an Bedrohungsszenarien, sondern im Hinblick auf weitere Gewaltprävention auszurichten.

Das bedeutet in Bezug auf die einzusetzenden Mittel auch, dass sie nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Bekämpfung einer akuten Bedrohung gesehen werden dürfen, sondern auch darauf, ob die eingesetzten Mittel möglicherweise zur Konfliktverschärfung und zum Entstehen weiterer terroristischer Gruppen führen („Do No Harm“-Prinzip) und vor allem darauf, inwiefern sie

dazu beitragen, die Ursachen (ökonomische Perspektivlosigkeit, Ausschluss von Beteiligung an politischer Willensbildung, ökologische Verwüstung usw.) zu bekämpfen.

Was die mittelfristige Ursachenbekämpfung betrifft, so muss auch die eigene Politik daraufhin betrachtet werden, was zur Ausbreitung terroristischer Gewaltbereitschaft und Gewalt und was zur Entstehung fragiler Staatlichkeit – international wie im eigenen Land – möglicherweise beiträgt bzw. wie dem entgegengewirkt werden kann. Bei der Bekämpfung von Terroristen im Inland wird (im Gegensatz zum Einsatz im Ausland) zu Recht eine polizeiliche Logik zugrunde gelegt. Im Fokus stehen dabei die Gewaltminimierung und die Erhaltung von Rechtsstaatlichkeit – nicht der Sieg über einen Gegner oder gar dessen Vernichtung. Dies geschieht auf der Grundlage, dass Terroristen nicht als Kriegsparteien, sondern als Verbrecher behandelt werden. Daher ist zu ihrer Bekämpfung auch polizeiliche – und nicht militärische – Kompetenz und Handeln erforderlich. Auch im internationalen Rahmen gilt: Terrorismus ist ein Verbrechen und ist wie ein Verbrechen zu bekämpfen.

Eine Strategie zur Bekämpfung des Terrorismus, die nachhaltige Wirkungen erzielen will, muss daher auf mehreren Säulen ruhen:

Erstens muss es um darum gehen, die terroristische Gewalt einzuhegen und zu unterbinden. Wie schränken wir den Handlungsraum terroristischer Gruppen so ein, dass sie nicht in andere Räume ausweichen können? Zweitens müssen Schritte unternommen werden, um terroristische Gruppen und deren soziale Basis zu begrenzen. Wie beugen wir vor, dass sich weiterhin Menschen von terroristischen Gruppen angezogen fühlen? Und drittens müssen wir darüber nachdenken, wie wir vorbeugend und präventiv wirken können. Wie schaffen wir Bedingungen, die das Entstehen von Radikalisierung und Fanatismus verhindern?

Maßnahmen und Forderungen

1. Einhegung terroristischer Gewalt

Voraussetzung bei der Bekämpfung terroristischer Gruppen ist, dass Handlungsmöglichkeiten gemeinsam, unter dem Dach der Vereinten Nationen und auf der Grundlage des Völkerrechts, entwickelt und abgestimmt werden. Die Bekämpfung terroristischer Gruppen muss dabei nach polizeilicher Logik erfolgen, analog der Bekämpfung von organisierter Kriminalität. Der Kampf gegenüber dem IS kann dieser Logik gemäß unter Wahrung der Menschenrechte und rechtsstaatlicher Prinzipien geführt werden

- durch Ausschöpfung aller zivilen Mittel, insbesondere der Austrocknung der Kriegsökonomie, u.a. durch Unterbindung der Finanzströme, Sanktionen gegen alle Personen, Firmen oder Staaten, die dem IS Öl, Gas oder Kunstschätze abkaufen sowie Geldspenden und Waffen zukommen lassen,
- durch international abgestimmte Fahndung nach IS-Kämpfern und Anwerbern, die die vom IS kontrollierten Gebiete verlassen,
- durch die gezielte Fahndung nach den Führungskadern und Ideologen des IS mit dem Ziel, sie einer internationalen Gerichtsbarkeit zuzuführen,
- durch Aussteigerprogramme für (ehemalige) IS-Kämpfer und präventive Maßnahmen bezüglich potenziell gewaltbereiter Islamisten.

Der Fokus internationaler Bemühungen muss im Blick auf die Bürgerkriegssituation in Syrien auf diplomatischen Lösungsansätzen liegen, die darauf abzielen, die Konfliktparteien im Land und in der Region in die Lösung einzubinden und den eskalierende Einfluss von anderen Staaten einzudämmen bzw. zu beenden. Nur gemeinsam kann ein kohärentes und konsequentes Vorgehen im Kampf gegen international agierende Terroristen gelingen.

2. Begrenzung von terroristischen Gruppen

Die gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen, die zum Entstehen oder der Beheimatung terroristischer Gruppen geführt haben, müssen in den Ursprungsgebieten und dem Ausbreitungsbereich verändert werden. Eine an entwicklungspolitischen und humanitären Zielen orientierte Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe wird in der Konsequenz dazu führen, dass im Interventionsraum und bedrohten „Ausweichräumen“ Bedingungen entstehen, in denen terroristische Gruppen nicht Fuß fassen und sich nicht neu organisieren können.

Es braucht verstärkte Anstrengungen der EU und ihrer Mitgliedsländer im Bereich der Wirtschafts-, Handels-, Agrar- und Entwicklungspolitik zum Abbau der Faktoren, die die Radikalisierung und das Entstehen terroristischer Gruppen und den Zerfall von Staaten begünstigen. Die europäischen Staaten sollten entschiedenere Schritte zur Stärkung der Staatlichkeit in vom Zerfall bedrohten oder bereits zerfallenen Staaten einleiten, wobei es nicht nur um die Reform von Institutionen sondern vor allem darum gehen muss, inklusive und gerechte Gesellschaften (SDG Ziel 16) zu schaffen. Die Verwundbarkeit vieler ökonomisch wie politisch instabiler Länder durch den internationalen Terrorismus kann dadurch deutlich vermindert werden, dass vor allem die ökonomischen und institutionellen Voraussetzungen für eine inklusive, verantwortungsvolle, gemeinwohlorientierte und legitimierte Regierungsführung geschaffen werden.

Aber auch in Europa selbst muss der Rekrutierung terroristischer Gewalttäter entgegengewirkt werden, indem vor allem jugendlichen Randgruppen die Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben ermöglicht wird.

3. Vorbeugung von Terrorismus

Grundlage für die Vorbeugung von Terrorismus müssen langfristige Strategien zur Überwindung seiner Ursachen sein. Die Agenda 2030 bietet dafür einen normativen Rahmen. Die Staaten haben sich darin darauf verpflichtet, gemeinsam auf eine nachhaltige und gerechte Entwicklung hinzuarbeiten. Um der ethischen Leitlinie der Agenda 2030, niemanden zurückzulassen zu wollen („Leave no one behind“), Rechnung zu tragen, müssen die Anstrengungen sich vor allem darauf konzentrieren, Fortschritte in der Verbesserung der Lebenssituation und der Lebensperspektiven benachteiligter und marginalisierter Bevölkerungsgruppen zu erzielen.

Durch die Stärkung der internationalen Zusammenarbeit für die Überwindung von Armut, Arbeitslosigkeit, extremer sozialer Ungleichheit und für die Förderung von sozialer Teilhabe und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, wie sie die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (SDGs) vorsehen, kann auch der Perspektivlosigkeit und der Frustration vieler vor allem junger Menschen entgegengewirkt werden, die besonders empfänglich für die Botschaften terroristischer Ideologen sind. Die Verwirklichung der Agenda 2030 würde dem Terrorismus auf Dauer den Nährboden entziehen. Im besonderen Fokus sollte das Ziel 16 stehen - die Schaffung von inklusiven, gerechten

Gesellschaften und effektiven rechtsstaatlichen Institutionen. Der Dialog mit einflussreichen Vertretern anderer Religionen, um den Missbrauch von Religion durch radikale und fundamentalistische Interpretationen zu demaskieren, nimmt hierbei eine wichtige Rolle ein.

Ein friedenslogischer Ansatz fragt immer auch nach der eigenen, eventuell konfliktverschärfenden Rolle. Wenn wir uns die aktuellen Rüstungsexporte aus Deutschland anschauen, dann fällt auf, dass trotz der hoch eskalierten Situation vor Ort weiterhin schwerpunktmäßig in den Nahen und Mittleren Osten geliefert wird, mit Exporten in den Libanon und nach Jordanien sogar in direkte Nachbarländer des Einflussgebietes des „Islamischen Staates“. Seit Jahren gehen Exporte in die Region, und nicht nur Waffen, sondern auch Lizenzen zum Nachbau von deutschen Kleinwaffen wurden genehmigt. Die mangelnde Endverbleibskontrolle, zusammen mit der Langlebigkeit von Klein- und Leichtwaffen, führt dazu, dass deutsche Waffen in der gesamten Region verbreitet sind. Daher fordern wir einen Stopp von Rüstungsexporten in die Krisenregion Naher und Mittlerer Osten, die Rücknahme von Lizenzen zum Nachbau deutscher Waffen und Maßnahmen zur Abrüstung und Verschrottung von im Umlauf befindlichen Waffen.